

Es geht um mehr als um die Landwirtschaft

Bei einer Podiumsdiskussion an der Dillinger Lehrerbildung zum Green Deal sieht ein EU-Experte beim größten Umbau in der EU-Geschichte die Bauern zu Unrecht im Mittelpunkt.

Von Günter Stauch

Dillingen Die EU ist, zumindest bei vielen Landwirten, inzwischen ein rotes Tuch. Protestiert wird nämlich nicht nur gegen Entscheidungen der Bundesregierung, sondern auch der Europäischen Union. In der Dillinger Akademie für Lehrerfortbildung ging es zum Abschluss der Europatage ebenfalls ums Thema Landwirtschaft. Bei einer Podiumsdiskussion sprachen ein EU-Vertreter, eine Uniprofessorin, eine Landwirtin aus dem Kreis Dillingen, eine Naturschützerin und eine Anwärtlerin aus der Region auf einen Sitz im EU-Parlament über den Green Deal.

Die Landwirtschaft steht bei den Bemühungen der Europäischen Union um eine nachhaltige Zukunft in den Mitgliedsländern keineswegs im Hauptfokus. Das sagte Robert Gampfer, Vertreter der EU-Kommission in Berlin, auf der Podiumsdiskussion in Dillingen. Die einseitige Fixierung auf die Agrarbranche in der öffentlichen Diskussion dieser Tage störe ihn, betonte der politische Referent. Beim Green Deal seien nicht nur Maßnahmen für die Landwirtschaft enthalten, sondern auch für andere Bereiche. So sei es ohnehin schwieriger, in der Landwirtschaft die Emissionen zu reduzieren, als etwa im Verkehr, der Industrie oder der Energiewirtschaft. Von diesen Bereichen gingen dabei jedoch wesentlich mehr Belastungen aus. Beim Green Deal gehe es also um viel mehr als um die Landwirtschaft.

Gampfer, von der Moderatorin und Fernsehjournalistin Hilde Stadler scherzhaft als „Quotenmann“ auf der mit fünf Frauen besetzten Bühne bezeichnet, erhielt aus dem mit Lehrerinnen und Lehrern gut besetzten Saal viel Beifall für seine Einschätzungen.

Allerdings deutete schon die Anwesenheit von zwei Vertreterinnen der Bauernschaft und deren Wortbeiträge darauf hin: Zur Erreichung des Ziels, nämlich bis 2050 die Nettoemissionen von Treibhausgasen auf null zu reduzieren und damit als erster Konti-



Der Green Deal sieht weitreichende Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen vor. Nicht nur in der Landwirtschaft. Das betonte Robert Gampfer in Dillingen. Foto: Peter Kneffel, dpa (Archivbild)

nent klimaneutral zu werden, besteht noch erheblicher Gesprächsbedarf.

Nichts Geringeres wird mit dem 2019 vorgestellten Konzept namens „Green Deal“ angestrebt. Es bildete das Leitthema bei der höchst sachlich geführten Debatte in der Aula unter der Leitung von Marietta Hofmann.

Das „Timing“, also die Wahl des richtigen Zeitpunkts einer solchen Veranstaltung zu Europa, schien perfekt: Hatte es doch wenige Stunden vor dem Abschlussstag im fernen Straßburg eine knappe Entscheidung des EU-Parlaments für das monatelang umstrittene Renaturierungsgesetz gegeben, das an der Donau nun ganz aktuell erörtert werden konnte.

Das Gesetz bildet einen wichtigen Abschnitt des vor einem halben Jahrzehnt präsentierten Abkommens und steht damit weltweit als erste Vorschrift zur Wiederherstellung der Natur. „Wir haben uns natürlich gefreut über die Zustimmung“, berichtete der EU-Mann, auch wenn die abgesegnete Version schwächer als vorgesehen



Nach der Podiumsdiskussion warfen die Teilnehmer noch einen Blick auf das prächtige Torportal des ehemaligen Lyzeums: (von links) Annett Jung, Ellen Bos, Robert Gampfer, Kathy Mühlebach-Sturm und Annemarie Jung. Foto: Stauch

ausgefallen sei. Aber: „Flächen zu renaturieren, bedeutet nicht gleichzeitig, stillzulegen.“ Der gut vernetzten Kreisbäuerin Annett Jung schien es während ihres Re-

debeitrags ein besonderes Anliegen, mit dem von Kritikern häufig gepflegten Gegensatz Landwirtschaft und Naturschutz aufzuräumen. „Mehr Nachhaltigkeit und

Umweltschutz wollen wir auch, ebenso gute Böden in einem Topzustand“, betonte die „aktive Bäuerin“, die sich auch als Kommunalpolitikerin engagiert und ihr Wissen um Haus und Hof einbringt. Schließlich handele es sich um schützenswertes Eigentum. Auch seien Behauptungen falsch, wonach die Bauern gegen das EU-Projekt seien. Schließlich gehöre man beim Klimawandel zu den Hauptbetroffenen. Ihr zur Seite stand mit Annemarie Jung nicht nur ihre Tochter, sondern eine Masterstudentin der renommierten Universität Stuttgart-Hohenheim und künftige Agrarwissenschaftlerin mit Spezialgebiet KI. Annemarie Jung, die zudem am 9. Juni als Kandidatin zur Europawahl antritt, mochte auf manche Widersprüchlichkeit in dem Vorhaben hinweisen. Denn: „Um unsere Umwelt zu schützen, müssen wir wirtschaftlich stark bleiben.“ Studien hätten ergeben, dass bei einer vollständigen Umsetzung der Maßnahmen bis zu 40 Prozent weniger Erträge zu erwarten seien. Emissionsrichtlinien, die große Betriebe stemmen könnten, seien für die kleinen Höfe im Süden schwer machbar.

Verstärkte Anstrengungen forderte dagegen die Biochemikerin Kathy Mühlebach-Sturm angesichts der Folgen des Klimawandels. „Und das ist bei Weitem nicht nur die Sache der Malediven, sondern von uns allen“, argumentierte die Vertreterin der Landshuter Kreisgruppe beim Bund Naturschutz. Sie beklagte, dass Letzterer als „Bremsen“ aller Entwicklungen gesehen werde, und forderte eine Umstellung bei der Förderung für den Agrarbereich. Auch bemängelte die Umweltschützerin, dass bei vielen Menschen noch kein Gefühl für die Dringlichkeit der Situation fehle. Warum diese bei den Menschen in Osteuropa noch nicht vollständig angekommen sei, darauf suchte Professorin Ellen Bos von der privaten Andrassy Universität Budapest eine Antwort zu geben. Dort hätten zum Teil andere Themen den Vortritt, auch weil es keine starken grünen politischen Kräfte geben würde.